

Betreuungs- und Unterbringungsrecht

Bearbeitet von
Von Karl-Dieter Pardey, DirAG i.R. , und Peter Kieß, VRiLG

6. Auflage 2018. Buch. 238 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8487 4388 9

[Recht > Zivilrecht > Familienrecht > Adoptionsrecht, Betreuungsrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

NOMOSPRAXIS

Pardey | Kieß

Betreuungs- und Unterbringungsrecht

6. Auflage



Nomos

NOMOSPRAXIS

Prof. Dr. Karl-Dieter Pardey

Direktor des Amtsgerichts Peine i. R.,
Honorarprofessor an der Ostfalia Hochschule
für angewandte Wissenschaften, Wolfenbüttel

Dr. Peter Kieß

Vorsitzender Richter am Landgericht Dresden

Betreuungs- und Unterbringungsrecht

6. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4388-9

6. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 6. Auflage

Jede Gesellschaft, jede Rechtsordnung muss sich entscheiden, wie sie erwachsenen Menschen begegnet, deren Fähigkeiten, sich in die Gesellschaft einzugliedern und am Rechtsleben teilzunehmen, durch Krankheiten beeinträchtigt sind. Hier gilt es vielfältige Aspekte zu beachten, insbesondere müssen Angehörige, Ärzte, Pflegekräfte, Angehörige der sozialen Berufe und eben auch Juristen zusammenarbeiten. Die Juristen nähern sich diesen Problemen mit dem Betreuungsrecht. Viele Juristen halten das Betreuungsrecht für einfach, geradezu unjuristisch. Nichtjuristen, die auf den genannten Gebieten tätig sind, sehen ihre Vorbehalte gegen den juristischen Ansatz der Problemlösung hingegen gerade im Betreuungsrecht bestätigt: Sie meinen, der Jurist betrachte nur die Norm, nicht den zu Tage tretenden Konflikt.

Der vorliegende Text will das Verständnis für die besondere Materie vermitteln, die fachübergreifenden Ansätze verdeutlichen, die Zugangsschwelle möglichst niedrig machen. Es soll auch deutlich werden, dass nur ein Miteinander aller Beteiligten dem Wohl der Betroffenen dienen kann.

Dennoch soll auch für Verständnis für den juristischen Ansatz geworben werden: Der Jurist denkt von der Ermächtigungsnorm aus: Was lässt der Gesetzgeber zu? Karl-Dieter Pardey, der die ersten Auflagen dieses Werkes allein verantwortete, hat es gerade in dieser Frage verstanden, die rechtlichen Grenzen der Beteiligten, insbesondere der Betreuer und des Gerichts, aufzuzeigen. Karl-Dieter Pardey hatte aber auch nie vergessen, worum es im Betreuungsrecht geht: um Hilfe für Menschen, die der Hilfe bedürfen. Diese beiden Gedanken will auch ich weiterführen.

Mit der Einführung des FamFG gibt es keine Rechtsprechung der Oberlandesgerichte zu Betreuungssachen mehr; vielmehr konzentriert sich das Interesse der Juristen auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, die immer klarere Strukturen und Vorgaben schafft. Daher habe ich diese Rechtsprechung insbesondere in den Anmerkungen stärker berücksichtigt, um dem Leser zu ermöglichen, sich mit dem Problem vertiefter zu beschäftigen.

Auch die in den letzten Jahren ergangenen Gesetzesänderungen, insbesondere zu ärztlichen Zwangsmaßnahmen, sind berücksichtigt. Angesichts der vielfältigen und neuen Rechtsprechung habe ich die Kapitel zu Zwangsmaßnahmen, ärztlichen Maßnahmen und zur Unterbringung umfassend neu bearbeitet.

Die Fragen der Zulässigkeit ärztlichen Handelns am Lebensende sind in den letzten Jahren ebenso intensiv diskutiert worden, wie die Fragen, ob sich jeder privatautonom dazu erklären kann. Daher waren Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten ebenfalls neu zu erörtern.

Für alle Irrtümer und Fehler, die der Leser mir gerne aufzeigen darf, übernehme ich allein die Verantwortung.

Die 6. Auflage berücksichtigt den Sachstand zum 1. März 2018.

Dresden, im Mai 2018

Peter Kieß

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 6. Auflage	5
§ 1 Einführung	13
I. Geschichtliches	13
II. Betreuungsrechtsänderungsgesetze	15
III. Verfahrensreform 2009	17
IV. Gesetzliche Grundlagen	17
§ 2 Grundlagen	19
I. Rechtliche Voraussetzungen	21
II. Tatsächliche Problemfelder	25
III. Alternativen zu einer Betreuung	32
IV. Vorsorgevollmacht	33
V. Betreuung für Abhängige	37
§ 3 Beteiligte	38
I. Überblick zu den Beteiligten	38
II. Die Beteiligteigenschaft im Verfahren	40
III. Angehörige als Beteiligte	40
IV. Betreuungsbehörde	41
V. Heim/Einrichtung/Krankenhaus	43
1. Keine eigenen Befugnisse	43
2. Handlungspflichten	45
3. Antragsinhalte, Koordinationsbedarf	45
VI. Betreuungsgericht	46
§ 4 Einleitung des Verfahrens	49
I. Grundzüge des Verfahrensrechts	49
II. Antrag/Anregung	51
III. Aktenzeichen	52
IV. Abgabe an ein anderes Gericht	53
§ 5 Ermittlungen des Gerichts	54
I. Ermittlungen vor der Anordnung	54
II. Stellung des Betroffenen (Geschäfts- und Verfahrensfähigkeit)	55
III. Vorliegen einer Vorsorgevollmacht	59
IV. Stellungnahme des Arztes und der Betreuungsbehörde	60
V. Verfahrenspfleger	62
VI. Akteneinsicht	63

Inhaltsverzeichnis

§ 6 Auswahl des Betreuers	65
I. Allgemeines	65
II. Betreuerarten	66
III. Gemeinschaftliche Vertretung	67
IV. Eignungsprüfung	67
V. Professionelle Betreuung	70
VI. Sonderfunktionen	71
VII. Betreuungsvereine	71
§ 7 Anordnung der Betreuung	73
I. Anordnung der Betreuung	73
II. Aufgabenkreise	74
III. Fristen	78
IV. Bekanntgabe	79
V. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel	81
VI. Kosten	82
§ 8 Einwilligungsvorbehalt	84
I. Allgemeines	84
II. Grundlagen	84
III. Einwilligungsvorbehalt und Vermögenssorge	86
IV. Einwilligungsvorbehalt bei personenbezogenen Maßnahmen	86
V. Kein Gutgläubensschutz	87
§ 9 Einstweilige Anordnung	89
I. Allgemeines	89
II. Grundlagen	91
III. Eilige einstweilige Anordnungen	91
IV. Unmittelbare gerichtliche Maßnahmen	92
V. Unterbringungen zur Begutachtung	92
VI. Bereitschaftsdienst	93
§ 10 Tätigkeit der Betreuer	94
I. Allgemeines	94
II. Innen- und Außenverhältnis, Vertretungshindernisse	94
III. Nebeneinander von Betreutem und Betreuer	95
IV. Vertretungshindernisse	96
V. Untervollmachten, Ermächtigungen	97
VI. Arbeitsablauf am Beispiel einer Heimunterbringung mit Wohnungsauflösung	99
VII. Probleme bei einer Heimaufnahme	100

§ 11 Kontrollen und Hilfen	102
I. Allgemeines	102
II. Allgemeine Kontrolltätigkeit	102
III. Beschränkungen	104
IV. Betreuungsgerichtliche Genehmigungen	105
V. Hilfen gegen Betreuer	107
VI. Hilfen für Betreuer	108
§ 12 Vermögenssorge	109
I. Allgemeines	109
II. Bezugszeitpunkt	111
III. Keine Kontrolle von Eigengeschäften des Betreuten	111
IV. Betroffene Werte	112
V. Keine Vermögensumschichtung	113
VI. Mündelsichere Anlage	114
VII. Genehmigungspflichten	114
VIII. Vollmacht neben Betreuung	115
IX. Betreute als Erben	116
§ 13 Ärztliche Maßnahmen	118
I. Selbstbestimmung der Patienten	118
II. Patientenverfügung	119
III. Vertretung bei Einwilligungen	121
IV. Genehmigung des Betreuungsgerichts bei ärztlichen Maßnahmen (§ 1904 BGB)	121
V. Dokumentationen	124
VI. Verhaltensorientierte Medikation	125
VII. Entscheidungen am Lebensende (Sterbehilfe)	126
§ 14 Unterbringungen	131
I. Allgemeines	131
II. Unterbringungen nach BGB	134
III. Freiheitsentziehende Maßnahmen	136
IV. Unterbringungsrecht der Länder	137
V. Sicherung in der eigenen Wohnung	141
VI. Freiwillig in der geschlossenen Abteilung	142
VII. Unterbringungen durch Bevollmächtigte	143
VIII. Verhaltensorientierte Maßnahmen	143
IX. Sicherungsmaßnahmen für Abhängige	145
X. Genehmigungsverfahren	145

Inhaltsverzeichnis

§ 15 Weitere Zwangsmaßnahmen	150
I. Grundlagen	150
II. Zwangsmedikation	152
III. Zugriffe auf Wohnungen	154
IV. Vollzugshilfe	154
V. Zwangsmaßnahmen in Einrichtungen	155
§ 16 Sterilisation	156
I. Allgemeines	156
II. Sterilisationsverbot für Minderjährige	156
III. Grundlagen bei Erwachsenen	156
IV. Zwangsverhütungen	156
V. Verfahren	157
§ 17 Datenschutz und Schweigepflicht	159
I. Grundlagen	159
II. Spezielle Regelungen	160
III. Schweigepflichten im Team	162
IV. Handlungsgrundsätze	162
§ 18 Vergütung und Aufwendungsersatz	164
I. Allgemeines	164
II. Gesetzliche Grundlagen und Kostenträger	165
III. Vergütungsregelungen für Betreuer	167
IV. Abwicklung nach Versterben der Betreuten	172
V. Vergütung für Verfahrenspfleger	172
§ 19 Haftung und Versicherungen	174
I. Verantwortlichkeit von Betreuern	174
II. Haftung gegenüber dem Betreuten	176
III. Haftung des Betreuers gegenüber Dritten	178
IV. Aufsichtspflichten des Betreuers	179
V. Haftung von Einrichtungen	180
VI. Versicherungen	181
§ 20 Abschluss der Betreuung	182
I. Allgemeines	182
II. Totenfürsorge	182
III. Schlussabwicklung und Herausgabe	183

Anlage I: Anträge, Muster	186
1. Anregung zur Einrichtung einer Betreuung.....	186
2. Merkblatt für die Anregung auf Betreuung an das Amtsgericht	187
3. Inhalt eines ärztlichen Gutachtens bzw Zeugnisses für die Anordnung einer Betreuung	188
4. Betreuungsanordnung	189
5. Eilgenehmigung des Gerichts (§§ 1908 i, 1846 BGB)	190
6. Verpflichtungsprotokoll und Merkblatt für die Betreuerinnen und Betreuer	191
7. Liste für Aufgaben zu Beginn der Betreuung	194
8. Vermögensverzeichnis	195
9. Berichtsansforderungen und Berichte	196
9.1 Berichtsansforderung.....	196
9.2 Berichtsmuster	196
9.3 Zwangsgeldandrohung	198
10. Muster zu Anträgen und Bescheidungen	198
10.1 Freigabeantrag.....	198
10.2 Betreuungsgerichtliche Genehmigung zu einem Rechtsgeschäft	199
10.3 Übersendungsschreiben zu der Genehmigung	199
10.4 Beanstandung zu einer finanziellen Abwicklung.....	199
10.5 Einforderung der Rechnungslegung	200
10.6 Prüfvermerk	200
10.7 Antrag auf Genehmigung einer Maßnahme nach § 1906 Abs. 1 BGB	200
10.8 Bitte um Mitwirkung der Betreuungsbehörde	201
10.9 Bericht über Durchführung der Maßnahme	202
10.10 Bericht über Beendigung einer Unterbringung nach § 1906 Abs. 1 BGB	202
10.11 Schreiben betr. Entscheidungen über passive Sterbehilfe, mit Hilfsgenehmigungsantrag	202
11. Vorläufige Genehmigung bei der Unterbringung und der ärztlichen Zwangsmaßnahme (§§ 1906 f. BGB)	203
12. Beschluss nach dem PsychKG	205
13. Beispiel für eine Patientenverfügung	205
14. Beispiel für eine Vorsorgevollmacht	208
15. Beispiel für eine Betreuungsverfügung	210
16. Betreuung zur Ergänzung einer Bevollmächtigung	210

Inhaltsverzeichnis

Anlage II: Fallverläufe in Form von Aktenauszügen	212
Fall 1: Demenz; Sicherungsmaßnahmen	212
Fall 2: Grenzfall geistige Behinderung/Krankheit; Vermögensverwaltung	217
Fall 3: Geistige Behinderung	220
Fall 4: Abhängigkeit, Unterbringungsmaßnahmen.....	224
 Stichwortverzeichnis	 233